

Ressort: Politik

Bundesregierung weitet Zugriff auf Anti-Terror-Datei aus

Berlin, 24.01.2015, 09:31 Uhr

GDN - Im Kampf gegen den Terrorismus weitet die Bundesregierung den Zugriff von Sicherheitsbehörden auf die umstrittene Anti-Terror-Datei aus. Wie die "Saarbrücker Zeitung" (Samstagsausgabe) berichtet, sollen 16 Polizeivollzugsbehörden der Länder zusätzlich die Datenbank nutzen dürfen.

Dies geht aus einer Verordnung des Bundesinnenministeriums hervor, über die die Zeitung berichtet. Demnach haben die Länder Bayern, Brandenburg und Rheinland-Pfalz das Ministerium ersucht, weitere Behörden zur Teilnahme zu berechtigen. Die Nutzung der Datei sei "für deren Aufgabenwahrnehmung erforderlich". Die Anti-Terror-Datei, die von Datenschützern kritisiert wird, wurde 2007 ins Leben gerufen. Mit ihr werden Erkenntnisse von Polizeien und Nachrichtendiensten über den internationalen Terrorismus vernetzt. Bislang waren 38 Sicherheitsbehörden angeschlossen. Auch der Zugriff auf die parallel existierende Rechtsextremismus-Datei soll erweitert werden. 24 Polizeibehörden aus Bayern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt sollen sie zusätzlich nutzen können. Die Datenbank zum gewaltbereiten Rechtsextremismus wurde 2012 in Folge der NSU-Morde in Betrieb genommen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-48512/bundesregierung-weitet-zugriff-auf-anti-terror-datei-aus.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619